

Ständerat entscheidet über eine Verbesserung der frühkindlichen Bildung



Am 29. März werden die Mitglieder der Kommission des Ständerats in der WBK-S über die Palv der WBK-N «Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung» (21.403) entscheiden. Diese will eine Verbesserung der frühkindlichen Bildung bewirken.

Es besteht Konsens: Die Bildung und Betreuung von Kindern ist für Gesellschaft und Volkswirtschaft systemrelevant und die pädagogische Qualität insbesondere in Kindertagesstätten ist ausschlaggebend für eine positive Entwicklung der betreuten Kinder.

Wir setzen uns seit Jahren für eine bessere Politik der frühen Kindheit ein und erachten die vorliegende Palv als eine grosse Chance, die Diskussionen auf nationaler Ebene zu vertiefen und eine zeitgemässe Lösung zu erzielen. So kann endlich eine klare Abgrenzung und Definition der Bundeskompetenzen in den Bereichen Koordination, Qualitätssicherung, Grundangebot und Finanzierung festgehalten werden. Auch liegt in der Politik der frühen Kindheit für die Schweiz grosses Potenzial brach in Bezug auf Bildungsrendite, Chancengerechtigkeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials.

Das Argument, wonach dem Bund im Thema aufgrund der subsidiären Rolle die Hände gebunden

seien, hält sich hartnäckig. Das Thema wurde darum von renommierten Verfassungsrechtler Prof. Pascal Mahon analysiert. Das Gutachten kommt zum Schluss, dass der Bund sehr wohl Möglichkeiten habe, Massnahmen im Bereich der frühen Förderung und Kinderbetreuungsstrukturen zu ergreifen. Die Verfassungsgrundlagen seien gegeben und die Wahrung der bestehenden Kompetenzordnung und des Föderalismus blieben sichergestellt.

Die Studie von BAK Economics vom vergangenen September zu den volkswirtschaftlichen Nutzen eines qualitativen Ausbaus von Kindertagesstätten (Kitas) und Tagesfamilien beleuchtet vier volkswirtschaftlich positive Effekte, die zusätzliche Investitionen in den Ausbau von Angeboten im Frühbereich mit sich bringen. Sie kommt zum Schluss, dass sich zielgerichtete Investitionen in Förderangebote für Kinder zwischen 0 und 4 Jahren bereits nach gut zehn Jahren rentieren. Langfristig kann so das BIP der Schweiz um rund 0,5 Prozent erhöht werden – was in heutigen Werten etwa 3.4 Milliarden Franken entspricht.

Wir sind überzeugt, dass es dringend eine nationale Strategie oder zumindest gezielte nationale Massnahmen braucht, um eine bessere und umfassende Politik der Frühen Kindheit zu erreichen. Die vorliegende Palv stellt hierfür eine grosse Chance dar.

Es ist offenkundig: Die Elternbeiträge müssen sinken, denn Eltern werden im Arbeitsmarkt dringend benötigt. Gleichzeitig muss die Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung – in erster Linie über ausgebildete Fachkräfte – verbessert werden, denn keine Investition in die Bildungsbiographie ist so effektiv wie im Frühbereich.

Der Vorschlag der Parl. Initiative greift diese beiden wichtige Aspekte auf und legt somit das Fundament, um den längst überfälligen Handlungsbedarf nachhaltig anzugehen.